

Universitätsstadt Tübingen
Stabsstelle Gleichstellung und Integration
Maier, Lara Telefon: 07071 204-1470
Gesch. Z.: /

Vorlage 40/2024
Datum 03.07.2024

Berichtsvorlage

zur Kenntnis im **Integrationsrat**
zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff: **Bericht des Integrationsrats über die Arbeit in seiner dritten Amtszeit (2019-2024)**

Bezug: Die Anlage 1 ist digital im geschützten Ratsinformationssystem abrufbar. Zudem steht sie ab 09.07.2024 öffentlich im Internet unter www.tuebingen.de/gemeinderat bei der Sitzung des Gemeinderats vom 22.07.2024.

Anlagen: Anlage 1 Broschuere 10 Jahre Integrationsrat

Zusammenfassung:

Die Vorlage berichtet über die Aktivitäten und Meilensteine des Integrationsrats in seiner aktuellen, noch bis Ende 2024 laufenden, Amtszeit.

Finanzielle Auswirkungen

Keine.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Die aktuelle Amtszeit des Integrationsrats endet 2024. Im Sommer wird die Ausschreibung zur Bewerbung als Integrationsrät_in für die neue Amtszeit (2025-2029) veröffentlicht. Außerdem feiert der Integrationsrat in diesem Jahr sein 10-jähriges Jubiläum. Mit dieser Vorlage berichtet der Integrationsrat stichwortartig über seine bisherigen Aktivitäten und Meilensteine in der dritten Amtszeit (2019-2024).

Der Integrationsrat ist seit 2014 die politische Interessenvertretung für Tübinger_innen mit Zuwanderungsgeschichte und Rassismuserfahrung. Mit seiner Arbeit setzt er sich für die gleichberechtigte Teilhabe und Mitgestaltungsmöglichkeiten im politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben ein. Er vertritt dabei alle Tübinger_innen mit Zuwanderungsgeschichte und/oder Fluchterfahrung, insbesondere auch diejenigen, die kein Wahlrecht haben.

2. Sachstand

2.1. Regelmäßige Beteiligung an Gremien und Runden Tischen

- Teilnahme an den Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse: Der Integrationsrat entsendet eine ständige Vertretung mit Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht in den Gemeinderat und seine Ausschüsse. Wo nötig, bringt er die Perspektive von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ein.
- Regelmäßige Mitarbeit bei verschiedenen Arbeitsgruppen und Runden Tischen und dadurch starke Vernetzung innerhalb der Stadtgesellschaft: u.a. TAKT-Rat, Vorbereitungstreffen Interkulturelle Woche, AG Arbeit und Beschäftigung (bis Anfang 2022), Treffen der Internationalen Vereine, Gesprächskreis Integration, Bürgerbeteiligung und Stadtplanung (z.B. Zukunftswerkstatt Weststadt), Begleitkreis Soziale Stadt WHO, Runder Tisch Kinderarmut, Runder Tisch Kultur, Programmbeirat d.a.i., Runder Tisch Ausländerbehörde, AK Ausländerbehörde, Beteiligungsprozess Kiomars Javadi, Altstadtforum, Steuerungskreis Integrationsplan Landkreis, Aktionsbündnis Gleichstellung.
- Regelmäßige Teilnahme an den Vollversammlungen des LAKA (Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen). Der Sprecher des Integrationsrats ist seit März 2024 im Vorstand des LAKA.
- Gemäß der Geschäftsordnung des Integrationsrats orientiert sich das Gremium bei seiner Arbeit an den Handlungsfeldern des städtischen Integrationskonzepts. Bei der Weiterentwicklung des Integrationskonzepts bringt der Integrationsrat seine Expertise ein und berät die Verwaltung bezüglich der Handlungsfelder und Maßnahmen (in o.g. Amtszeit u.a. Handlungsfeld Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation)

2.2. Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen

- Veranstaltungen: Der Integrationsrat beteiligt sich regelmäßig an den Wochen gegen Rassismus und der Interkulturellen Woche mit eigenen Veranstaltungen (z.B. 2023:

Songs of Gastarbeiter und Die Käufer der Träume). Weiter führt er verschiedene Veranstaltungen zu aktuellen Themen und Anlässen durch: u.a. Gedenkveranstaltung und Benefizveranstaltung für die Erdbebenopfer in Syrien und der Türkei (23.02.23 bzw. 27.02.24), Podiumsdiskussion zur OB-Wahl (28.09.22), Podium zur Kommunalwahl (19.04.24).

Außerdem wirkte der Integrationsrat bei verschiedenen Veranstaltungen in Tübingen mit: z.B. Landesmitgliederversammlung der „Liberalen Vielfalt BW“ (23.04.22), „Frauen – Macht – Tübingen“ (09.12.23), jährliche Veranstaltung der Stabsstelle Gleichstellung und Integration zum Internationalen Frauentag, und Fachtag „Mehrsprachig aufwachsen – ein Gewinn für Bildung“ (13.10.23).

- Mittwochsspalte: Zwei Mal pro Jahr erstellt ein Integrationsratsmitglied einen Artikel für die Mittwochsspalte (2019: „Miteinander in Vielfalt“ und „Klimakrise und Integrationsrat“; 2020: „An kloiner Gôga-Witz“ und „gegen Hass und Gewalt“; 2021: „Koalition steckt Rahmen ab“ und „Nach der Wahl ist vor der Wahl?“; 2022: „Zwei Anträge mit Erfolg“ und „Wartezeiten im Ausländeramt“; 2023: „Das Erdbeben – ein Bericht“ und „Wahlrecht für ‚Gastarbeiter‘“; 2024: „Die Richtung bestimmen“. So greift der Integrationsrat aktuelle lokale oder überregionale Themen auf oder stößt eigene politische Debatten und Prozesse an.
- Im Vorfeld der Kommunal- und Europawahlen 2024 informierte der Integrationsrat insbesondere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte mit Wahlrecht mittels der Broschüre "Ihre Stimme zählt" über die Wahlen. Die Broschüre wurde in Kooperation mit dem Fachbereich Kommunales erstellt und an alle EU-Bürger_innen, die noch nicht in Deutschland im Wähler_innenverzeichnis für die Europawahl eingetragen waren, sondern noch in ihren Heimatländern, verschickt. Im Vorfeld der Wahlen führte der Integrationsrat außerdem ein Podium mit Kandidat_innen aller Parteien durch und rief mit einer Mittwochsspalte ("Die Richtung bestimmen") zur Wahl auf."
- Homepage und Social Media: Auf der Webseite www.ir-tuebingen.de informiert der Integrationsrat über seine Arbeit und veröffentlicht Stellungnahmen. Außerdem werden dort die Mitglieder des Integrationsrats vorgestellt. Aktuelle Beiträge sind regelmäßig auf instagram (ir_tuebingen) und facebook (https://www.facebook.com/p/Integrationsrat-T%C3%BCbingen-100069004846418/?_rdr) zu finden.

2.3. Politische Meilensteine

- Stellungnahmen: In seinen Stellungnahmen greift der Integrationsrat aktuelle Themen, nicht nur im Bereich Integration und Migration, auf. 2022 verfasste er beispielsweise eine Stellungnahme zum Krieg in der Ukraine und stellte hierbei den Bezug zur Universitätsstadt Tübingen (u.a. kommunale Bereitstellung von Wohnraum, medizinischer Versorgung, Sprachkursen, Schul- und Kita-Plätzen) her. Auch gegen den rassistischen Anschlag in Hanau positionierte sich der Integrationsrat im Februar 2020 mit einer öffentlichen Stellungnahme. Die Stellungnahmen werden auch auf der Webseite www.ir-tuebingen.de/category/stellungnahmen/ veröffentlicht.
- Anhörung des Integrationsrats im Gemeinderat zum Thema Alltagsrassismus: Mit Vorlage 536/2020 beantragte der Integrationsrat eine Anhörung zum Thema Alltagsrassismus. Im November 2020 berichteten drei Integrationsrät_innen von ihren Erfahrungen mit Alltagsrassismus, den Folgen von Diskriminierung für die Betroffenen

und den Auswirkungen von stereotypen Vorstellungen auf z.B. Chancen im Beruf und auf dem Wohnungsmarkt. Außerdem wurde deutlich gemacht, wie Alltagsrassismus strukturellen Rassismus bedingt und umgekehrt.

- Kommission zur Vorauswahl von Namen zur Umbenennung von Straßen: Auf Initiative der Gemeinderatsfraktion „Die Fraktion“ wurde ein Prozess zur kritischen Hinterfragung von Straßennamen angestoßen. Diskutiert wurde über Personen, die beispielsweise Mittäter des NS-Regimes waren oder im Zusammenhang mit dem Kolonialismus standen. In einem Abschlussbericht gab 2023 die damit beauftragte Kommission zur Umbenennung von Straßennamen konkrete Handlungsempfehlungen. Laut Kommission sollten sechs Straßennamen umbenannt werden. Eine weitere Kommission wählte unter Beteiligung des Integrationsrats neue Namensvorschläge für die umzubenennenden Straßen aus.
- Ombudsrat: Mit Vorlage 816/2021 beantragte der Integrationsrat die Einrichtung einer externen Ombudsstelle. Diese Stelle war als Anlaufstelle bei Beschwerden hinsichtlich Diskriminierungserfahrungen und Ungleichbehandlungen vonseiten der Stadtverwaltung angedacht. Gewünscht war eine unparteiische, neutrale und unabhängige Schlichtungsstelle, die zwischen Bürger_innen und Verwaltung vermittelt. Angesiedelt sollte sie bei einem externen Träger sein, finanziert werden jedoch durch die Stadt. Nachdem hierbei ein Zielkonflikt zwischen externer unabhängiger Ansiedlung und städtischer Finanzierung gesehen wurde, entwickelte sich die Idee eines Ombudsrats. Mit Vorlage 98/2023 beantragte der Integrationsrat die Umstellung der bereits bewilligten Ombudsstelle in einen Ombudsrat. Der Rat soll aus ca. drei ehrenamtlichen Mitgliedern bestehen, mindestens zwei Mal pro Jahr nichtöffentlich tagen und von einer Geschäftsstelle, die bei der Stabsstelle Gleichstellung und Integration angesiedelt ist, unterstützt werden. Die Besetzung der Geschäftsstelle erfolgte im April 2024. Derzeit wird ein Konzept zur Geschäftsordnung entwickelt, die mit dem Gemeinderat abgestimmt werden soll.
- Klient_innenservice ABH: Mit Vorlage 812/2021 beantragte der Integrationsrat die Einrichtung einer Klient_innen-Servicestelle in der Ausländerbehörde. Hintergrund sind die langwierigen Bearbeitungszeiten der Anträge in der ABH. Die Servicestelle soll Auskunft über den Stand der Bearbeitung der Anträge geben, Termine vereinbaren können und Dringlichkeiten an die Sachbearbeiter_innen weitergeben. Die Stelle wurde zunächst mit 100 % genehmigt und mit einer Teilzeitkraft (September 2023: 80 %) besetzt. Weitere Stellenanteile (45 %) werden erneut ausgeschrieben. Bei Besetzung wird die 80%-Stelle auf 75% reduziert, so dass dann zwei Teilzeitkräfte den Klient_innenservice mit insgesamt 120 % leisten.

2.4. Überregionale Vernetzung

- Berlinfahrt mit LAKA-Mitgliedern: Auf Einladung des Staatssekretärs Rudi Hoogvliet nahmen mehrere Integrationsrät_innen an einer Fahrt nach Berlin teil. Die Reise wurde zur Vernetzung und zum Austausch genutzt. Außerdem besuchte die Gruppe u.a. den Bundesrat, die Gedenkstätte Berliner Mauer und das Reichstagsgebäude.
- Workshop beim LAKA-Landesfachtag (25.11.23): Teilnahme des Integrationsrats am Landesfachtag des LAKA und Leitung des Workshops „Einrichtung einer Ombudsstelle“.
- Vollversammlungen LAKA: Der Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen führt jährlich im Herbst eine Vollversammlung mit jeweiligem Themenschwerpunkt

(z.B. 2023: Kommunalwahlen und vielfältige politische Repräsentation) durch, an der Mitglieder des Integrationsrats ihre Expertise und Erfahrungen einbringen.

- Kooperation mit anderen Integrations(bei)räten: Der Integrationsrat Tübingen steht in stetem Austausch mit dem Rottenburger Integrationsbeirat und dem Reutlinger Integrationsrat. Hierfür wurden Tübinger Integrationsrät_innen in jeweils eine Sitzung des Rottenburger Integrationsbeirats und des Reutlinger Integrationsrats eingeladen und berichteten von ihrer Arbeit. Im März 2023 wurden außerdem Vertreter_innen aus Rottenburg und Reutlingen zum Austausch in eine Sitzung nach Tübingen eingeladen. Im Rahmen der Interkulturellen Woche 2023 führten die Integrations(bei)räte von Tübingen und Rottenburg eine gemeinsame Veranstaltung durch.

3. Vorgehen der Verwaltung

Die neue Amtszeit des Integrationsrats beginnt 2025 (konstituierende Sitzung voraussichtlich im März 2025).

Die Bewerbungsphase ist für den Zeitraum 16.06.-28.07.2024 vorgesehen. Die Zusammenstellung des Auswahlgremiums soll kurz nach der Kommunalwahl aus dem neu gewählten Gemeinderat heraus getroffen werden (VA 23.09 und GR 30.09.). Im Oktober wählt dann das Auswahlgremium die einzuladenden Bewerber_innen. Die Vorstellungsgespräche sind für Anfang November vorgesehen. Im Januar 2025 wählt bzw. ernennt der Gemeinderat die neuen Integrationsrats-Mitglieder (Sachkundige, gemeinderätliche und jugendgemeinderätliche Mitglieder und Nachrücker_innen).

Am 28. Juni 2024 feierte der Integrationsrat sein 10-jähriges Bestehen. Dies wurde mit Redebeiträgen, einem kulturellen Rahmenprogramm im Rathaus und einer anschließenden Party auf dem Marktplatz gewürdigt. In diesem Zuge erstellte die Stabsstelle Gleichstellung und Integration eine Broschüre mit dem Titel „10 Jahre Integrationsrat Tübingen – 10 Jahre Engagement für politische Teilhabe und Vielfalt“, die eine Übersicht über die Entwicklung und Arbeit des Integrationsrats gibt.

4. Lösungsvarianten

Keine.

5. Klimarelevanz

Keine.